



An

Frau Landrätin Beate Läsch-Weber,
Herrn Landräte Roger Graef und Günther Schartz

Die Mitglieder des CDU Bezirksvorstandes Trier

Die Mitglieder der
CDU Kreisvorstände und der
CDU Kreistags-/Stadtratsfraktionen
Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Trier,
Trier-Saarburg und Vulkaneifel

Der Vorsitzende:

Frank Müller

Steffeshof

54675 Mettendorf

Tel: 06522/933 99 09

Fax: 06522/933 99 10

Mobil: 0175/165 56 98

frank.mueller@jubit.de

Mettendorf, 24.11.2008

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,**

am 22. November fand in Konz der Bezirkstag der Jungen Union Trier statt. Dort wurde in der Diskussion um die fliegerische Nutzung des Flugplatzes Bitburg einstimmig beiliegender Beschluss gefasst.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass die Herausforderungen, die die Zukunft bringen wird, nur geschlossen in der Region bewältigt werden können.

Wir möchten nun an Sie alle appellieren, auch im Interesse der zukünftigen regionalen Zusammenarbeit, aber vor allem im Interesse der jungen Generation, die einmalige große Chance, die ein fliegerisch genutzter Flugplatz Bitburg mit allen seinen technischen und infrastrukturellen Vorteilen bietet, zu nutzen.

Wir sind sicher, dass eine solch weitsichtige und auf Zukunftschancen bedachte Politik auch in der nächsten Kommunalwahl vom Wähler honoriert wird - wir müssen nur für sie werben.

„Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.“

Antoine de Saint-Exupéry

Mit freundlichen Grüßen,

Frank Müller

JU Bezirksvorsitzender
Trier

Dennis Junk

JU Kreisvorsitzender
Bernkastel-Wittlich

Ansgar Billen

JU Kreisvorsitzender
Bitburg-Prüm

Dirk Louy

JU Kreisvorsitzender
Trier

Jan Oetringer

JU Kreisvorsitzender
Trier-Saarburg

Christian Blum

JU Kreisvorsitzender
Vulkaneifel

**Einstimmiger Beschluss des Bezirkstages der Jungen Union Bezirksverband Trier
am 22.11.2008 in Konz:**

Der JU Bezirksverband Trier steht, aufgrund der großen Chancen, die die nun erteilte Instrumentenfluggenehmigung für die junge Generation in der gesamten Region bietet, weiter hinter der fliegerischen Nutzung des Flugplatzes Bitburg.

Er fordert die Landkreise im ehem. Regierungsbezirk Trier deshalb auf, ihre Mitgliedschaft in der Flugplatz Bitburg GmbH aufrecht zu erhalten und die Stadt Trier wieder einzusteigen.

Begründung:

1.
 - Die nun vorhandene Instrumentenfluggenehmigung für Tag- und Nachtflug
 - die nahezu für alle Großflugzeuge ausreichende Start- und Landebahn
 - die zentrale Lage inmitten der Großregion SarLorLux und zwischen den Großflughäfen Frankfurt, Köln-Bonn, Luxemburg und Brüssel, die teilweise schon im Frachtflug an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen.
 - das reichliche und kostengünstige Angebot an Gewerbeflächen mit direktem Zugang zu Start- und Landebahn
 - die nach wie vor zunehmende Bedeutung des Flugsektors und das weltweit ansteigende Luftfrachtaufkommen
 - der vorhandene Anschluss an das europäische Autobahn und Schienennetz

...sprechen dafür, die einmalige Chance die sich uns bietet nicht zu verschenken.
2. Trotz der guten Beschäftigungssituation gibt es, gerade im technischen Bereich, nach wie vor einen Mangel an Arbeitsplätzen für hoch qualifizierte junge Menschen aus der Region, was oftmals zur Folge hat, dass sie ihre Heimat verlassen müssen. Gerade für die Schaffung solcher Arbeitsplätze sehen wir Potential im Flugplatz Bitburg – und zwar für die Gesamtregion.
3. Dass in unserer Region nahezu Vollbeschäftigung herrscht, ist neben der Nachbarschaft zu Luxemburg, vor allem auch der Tatsache zu verdanken, dass die Region Trier immer auch unter Führung der CDU Probleme und Herausforderungen gemeinsam geschultert hat – und zwar mit Weitblick über die nächste Kommunalwahl hinaus. Das soll auch in Zukunft so bleiben – eine reine Kirchturmpolitik in der Region Trier lehnen wir ab.

Regionale Zusammenarbeit verlangt auch nach Verlässlichkeit. So macht es keinen Sinn, nachdem mehrere Jahre für die Instrumentenfluggenehmigung gekämpft wurde, jetzt da sie vorliegt, das Projekt durch den Ausstieg der Stadt Trier und einzelner oder mehrerer Landkreise zu gefährden.

Diese Verlässlichkeit und Solidarität wird die JU auch bei anderen Politikfeldern regionaler Zusammenarbeit einfordern.